

Erklärung zu unseren Zielen und unseren Inhalten zum Nahostkonflikt

Liebe Freund:innen, liebe Bündnispartner:innen,

in den vergangenen Tagen haben uns überraschend die Nachrichten erreicht, dass sich zwei Parteien aus dem Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung – für ein besseres Zusammenleben zurückziehen. Ebenso hat der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg erklärt, dass er dieses Jahr die Schirmherrschaft fürs Straßenfest und seinen Redebeitrag zurückziehe. Diese Entscheidungen wurden getroffen, ohne im Vorfeld mit uns zu sprechen. Der Grund dafür ist nicht das Straßenfest selbst, sondern das politische Engagement unseres Vereins.

Konkret geht es um eine Kundgebung am 10. Mai diesen Jahres, die unser Erwachsenenverband, der Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V., unter dem Motto „Waffenstillstand sofort! Für ein Ende der Angriffe auf Rafah!“ veranstaltet hat und auf der, neben dem Freundschafts- und Solidaritätsverein e.V. unter anderem auch eine Gruppe Namens „Intifada“ gesprochen hat. Außerdem geht es darum, dass wir der besagten Gruppe am 17. Mai unsere Räume für eine Lesung aus den Büchern des israelischen Historikers Ilan Pappé zur Verfügung gestellt haben.

Zur Erinnerung

Unser Verein, Junge Stimme e.V., wurde vor über 20 Jahren von jungen Menschen aus der Türkei gegründet. Als Jugendliche, die tagtäglich Ausgrenzung, Rassismus und Ungerechtigkeit erfahren, war uns schon damals klar, dass wir unser aller Probleme nur gemeinsam lösen können. Dass wir Hand in Hand mit unseren Kolleg:innen, Klassenkamerad:innen und Kommiliton:innen mit und ohne Migrationshintergrund für eine menschenwürdige Welt, ohne Krieg, Aufrüstung, Rassismus und Ungerechtigkeit gehen müssen. Diese Politik verfolgen wir bis heute.

Die Vielfalt der Bereiche, in denen wir uns engagieren, bildet die Grundlage dafür, mit unterschiedlichsten Gruppen themenbezogen zusammenzuarbeiten. Sei es bei Demonstrationen gegen Rechts, beim Gedenken an die Opfer von Hanau und des NSU, Zeitzeug:innengespräche oder eben auch das Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung; es war und ist uns immer wichtig all diese Veranstaltungen mit möglichst vielen Bündnispartnern durchzuführen. Dass gerade jetzt, wo die Rechten in unserer Gesellschaft und international erstarken, Gruppen sich aus dem Straßenfest zurückziehen, wo wir doch eigentlich stärker zusammenhalten müssten, bedauern wir sehr.

Der Vorwurf gegen unseren Verein

Der Kampf gegen Rechts bedeutet für uns auch immer das Engagement gegen Antisemitismus. Auch wenn unsere Großeltern und Urgroßeltern nicht an den Verbrechen gegen die europäischen Jüd:innen beteiligt gewesen waren, sehen wir es als unsere Aufgabe, immer wieder an diese Verbrechen des deutschen Faschismus zu erinnern, die richtigen Lehren daraus zu ziehen und alles zu tun, dass solche Verbrechen nie wieder geschehen. Wir sehen uns als Teil dieser Gesellschaft und somit die Erinnerungsarbeit an den Holocaust, sowie den Kampf gegen den nach wie vor vorhandenen Antisemitismus als unsere Aufgabe. So lehnen wir Antisemitismus entschieden ab und distanzieren uns von antisemitischen Inhalten.

Wogegen wir uns wehren ist die schamlose Instrumentalisierung der Opfer des Holocausts, um Menschen, die vermeintlich oder tatsächlich arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens sind, unter Generalverdacht zu stellen. Und genau das passiert leider in Deutschland aktuell. Egal, wie oft der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober bereits verurteilt, egal wie oft die Freilassung der israelischen Geiseln bereits gefordert wurde, erwähnt man es nicht im gleichen Atemzug mit der Kritik gegen das Vorgehen der israelischen Regierung, relativiert man den Terror der Hamas, so der Tenor.

Der Nahostkonflikt besteht seit mindestens 75 Jahren und verlangt eine genaue und differenzierte Diskussion. Das geht aber nicht, wenn Sichtweisen, die der bedingungslosen Solidarität mit der israelischen Regierung widersprechen, ohne richterliche Untersuchung als antisemitisch verurteilt werden. Diese Entwicklung hat eine Atmosphäre der Angst und des Denunziantentums geschaffen, den diejenigen, die mit der Netanjahu-Regierung sympathisieren, gegen ihre Kritiker ausnutzen.

Der gegenwertige Konflikt hat nicht erst am 7. Oktober begonnen, wie es oft in der öffentlichen Diskussion gerne dargestellt wird. Es bildet den vorläufigen Höhepunkt in der seit 75 Jahren andauernden Gewaltspirale.

Die rechtsextreme israelische Regierung begeht, genauso wie die fundamentalistische Hamas, vor den Augen der Weltöffentlichkeit Kriegsverbrechen. Nicht nur wir sehen das so, sondern auch offensichtlich zahlreiche Institutionen, wie der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof, der Haftbefehl gegen Benjamin Netanjahu, dem israelischen Verteidigungsmister und drei Hamas Führer beantragt hat.

Und wer heute, nachdem über 35.000 Palästinenser:innen von der israelischen Armee getötet wurden, Millionen auf der Flucht sind und Hunger leiden, immer noch denkt, dass diese Barbarei ein Akt der Selbstverteidigung ist, dem fehlt jedes Maß an Menschlichkeit.

Wir verurteilen den Anschlag der Hamas am 7. Oktober und fordern die Freilassung aller Geiseln. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen. Wir fordern die Verurteilung aller an den Kriegsverbrechen beteiligten Verantwortlichen. Nur eine Zweistaatenlösung kann einen dauerhaften Frieden in der Region sichern.

Unser Mitgefühl gilt den israelischen und palästinensischen Familien, die unter der Gewalt leiden. Wir stehen auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte und der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen. Wir stehen an der Seite der Menschen, die momentan zu tausenden in Israel gegen ihre Regierung auf die Straße gehen und mit Polizeigewalt von Demonstrationen abgeführt werden.

Meinungsfreiheit nicht für Palästinenser

Auch wenn überall immer wieder zu lesen ist, dass Kritik an der israelischen Regierung legitim sei, gilt dieses Recht anscheinend nicht für die vielen verzweifelten Menschen aus Palästina, die ihre Familienangehörige durch den Bombenterror verloren haben oder dabei sind diese zu verlieren. Uns ist bundesweit kein einziger palästina-solidarischer Protest bekannt, der nicht im Nachhinein kriminalisiert oder währenddessen mit Polizeigewalt aufgelöst wurde. Selbst dem jüdischen Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.“, der sich seit Jahren für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzt, wurde Antisemitismus vorgeworfen. Ihre Bankkonten wurden gesperrt.

Deshalb denken wir, dass aktuell die palästinensische Bevölkerung unsere Solidarität und den Schutz der Weltgemeinschaft braucht. Deshalb war es uns auf unserer Kundgebung am 10. Mai wichtig, palästinensische Gruppen einzubinden. Wir teilen selbstverständlich nicht alle Inhalte, die dort von anderen Gruppen ausgesprochen wurden, sondern können nur unsere eigenen Inhalte verantworten. Wir setzen und für eine friedliche Lösung ein, nicht für den bewaffneten Kampf gegeneinander. Entsprechend war auch das Motto der Kundgebung: Waffenstillstand sofort!

Wir machen weiter!

Wie bereits eingangs erwähnt, arbeiten wir seit vielen Jahren mit euch zusammen. Wir haben kleine und große Schnittmengen, auf denen unsere Zusammenarbeit aufbaut. Manche betreiben eine Politik, mit der wir nicht einverstanden sind. Doch in einer demokratischen Gesellschaft muss man unterschiedliche Meinungen aushalten können. Wie sonst hätten wir beim Straßenfest mit Jugendgruppen, Parteien, Kirchen, Initiativen und Verbänden so eine bunte Palette von

unterschiedlichen Gruppen zusammenbringen können? Indem wir stets die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt haben.

Die Entscheidung sich vom Straßenfest zurückzuziehen, obwohl offen auf der Hand liegt, dass wir weder antisemitische Inhalte vertreten, muss jede Organisation für sich selbst fällen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass man vorab in Gespräch sucht. Auch lassen wir uns gerne für unsere Inhalte kritisieren, nicht aber für die Inhalte anderer Gruppierungen.

Das Straßenfest war seit seiner Gründung ein Zeichen gegen Rechts, und ein Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalt. Dies wird es auch weiter bleiben. Es ist ein Ort der Begegnung und des Dialogs und das wird er auch mit all jenen Gruppen bleiben, die ein Teil davon sind und bleiben wollen.

In diesem Sinne freuen wir uns weiterhin ein starkes Straßenfest am 15. Juni mit euch allen zu verbringen.

Eure Junge Stimme e.V.